

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Der folgende Artikel wird be-
sonderer Beachtung empfohlen

Redaktion

Klare Wirtschaftspolitik

F.S. Die Änderung in der Leitung des Bizonalen Verwaltungs-
amtes für die Wirtschaft in den Westzonen, die von den Wirtschafts-
ministern der Länder der britischen und amerikanischen Zone am
16. Januar 1947 in einer Sitzung in Minden erzwungen wurde hat
eine weit grössere Bedeutung als sie nur einem Wechsel von lei-
tenden Beamten zuzähle. Zwei Männer, in ihrer Person und sachli-
chen Arbeit untadelig, mussten von einem wichtigen Posten abtre-
ten, weil ihr wirtschaftspolitisches Programm nicht dem Ent-
spricht, was für die Zukunft des deutschen Volkes allein lebens-
wichtig ist und im genauesten Sinne des Wortes notwendig ist. Dr.
Müller, von den Militärregierungen Grossbritanniens und der USA
zum Leiter des Verwaltungsamtes berufen, und Dr. Rasch, sein Stell-
vertreter, sind Vertreter einer überlebten Wirtschaftsordnung, der
kapitalistischen, der auf den Profit des Besitzers und auf die
Willkür des Eigentums abgestellter Struktur einer Wirtschaft, die
nicht mehr als im echten Sinne Volks-Wirtschaft angesprochen wer-
den kann. Ihre Berufung wurde seinerzeit von allen denen, die den
Weg zu einer neuen Wirtschaftsform betreten wollen, mit Befremden
zur Kenntnis genommen. Nicht nur die Sozialdemokratie - diese
freudlich unabweisend - wandte sich gegen eine solche Auswahl von
Männern, deren dem Massen feindliche Einstellung bekannt und unbe-
stritten war. Dass diese Berufung erfolgte, indem der bisherige
Leiter der Wirtschaftspolitik in der britischen Zone, der Sozial-
list Dr. Agartz, von seiner führenden Position abtreten musste,
wirkte wie eine Demonstration gegen den Willen zum Sozialismus,
der nun einmal die grosse Mehrheit des deutschen Volkes er-
füllt.

Die Wahlen zu den Landtagen in Süddeutschland und die Wahlen zu den Kreistagen im Norden, deren Gesamtergebnis wie Landtagswahlen gewertet würde, haben unmittelbar oder in der ihnen folgenden politischen Lösung der Koalitionsbildung ergeben, dass die Wirtschaftsministerien aller acht Länder in den westzonen von Sozialdemokraten geleitet werden. Darin drückt sich der Wille der SPD zur praktischen sozialistischen Tat klar aus. Es käme einer Täuschung der Öffentlichkeit gleich, wenn diese deutliche Wendung zur sozialistischen Wirtschaftspolitik, die sich in solchen Koalitionsreden ausdrückt, dadurch praktisch unwirksam gemacht werden würde, dass die zentrale deutsche Wirtschaftsbehörde eine genaue umgekehrte Politik zu treiben Gelegenheit hätte. Zwischen der Zentralbehörde, die zur Zeit etwa die Aufgaben des Reichswirtschaftsministeriums zu erfüllen versuchen muss, und den Länderministern muss umso mehr ein inniger Kontakt bestehen, als heute mehr denn je eine einmütige und alle Möglichkeiten in allen Ländern voll ausschöpfende Wirtschaftspolitik erforderlich ist. Eine so genaue Linie, wie sie sich in der Tatsache der acht sozialistischen Wirtschaftsminister darstellt, kann nicht plötzlich nach an ihrem entscheidenden Punkt abgebogen werden, es sei denn, dass die neue Konstruktion ihren Sinn verliert.

Darum lehnten die Minister, die im Norden in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Verwaltungsrates für Wirtschaft zusammengetreten waren, den bisherigen Vorsitzenden und seinem Stellvertreter kürzlich ab. Sie wählten sich zugleich einen neuen Vorsitzenden, wie es ihr Satzungsgemäßes recht ist und übertrugen Dr. Victor Agartz dieses wichtige Amt. Der Stellvertreter wurde noch nicht bestimmt. Agartz ist als Leiter des Zentralamtes für die Wirtschaft in der britischen Zone hervorgetreten und hat sich weit über Deutschlands Grenzen hinaus durch seine gründlichen Kenntnisse und seine klare Leitung für den Aufbau einer neuen Wirtschaft in Deutschland einen geschätzten Namen geschaffen. Er ist Sozialist, und nicht nur sein Programm ist mit dieser Kennzeichnung dargelegt, sondern auch sein Ton und seine Aussagen werden damit erklärt und vorgezeichnet sein. Das Chaos der deutschen Wirtschaft erlaubt keine Halbheiten und kein Rückwerk, jetzt ist der Zeitpunkt, eine klare Politik zu beginnen und zu verwirklichen und mutig, mit Sachkenntnis und mit unbeugbarem Willen Stein auf Stein zu bauen, bis das sozialistische deutsche Haus vollendet sein wird. Die deutsche Sozialdemokratie kennt die Widerstände und weiß die offenen und heimlichen Feinde einzuschützen. Aber da sie weiß, dass der Sozialismus die einzige Rettung für Deutschland ist, außerdem die vernünftigste und sinnvollste Wirtschaftsordnung, so wird sie ihren Kampf für den Sieg des Sozialismus fortsetzen. In der Kölner Entschliessung hat die politische Leitung der SPD die praktischen Massnahmen genau bezeichnet, die sofort zu treffen sein werden, wenn der Weg zur Gesundung Deutschlands ernsthaft beschritten werden soll. In der Münchener Tagung der Parteileitung, die vor kurzem stattgefunden hat, wurden diese Forderungen von neuem betont und wurde besonders nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die SPD um ihrer deutschen Aufgabe willen nicht darauf verzichten will und kann, dieses Programm zu verwirklichen. Sie hat die ihr bisher zugänglich gewesenen Positionen in den Regierungen der Länder und in zentralen Ämtern nicht um einer Geste willen besetzt, sondern weil sie für das deutsche Volk eine bessere Zukunft erstrebt und durch Mitarbeit erreichen will.

Die Wirtschaftsressorts bieten in besonderer Weise Gelegenheit zum Aufbau Deutschlands. Wenn die Sozialisten jedoch in ihrer Arbeit behindert oder wenn sie gar verhindert werden, sie nach ihren Plänen zu leisten, müssten sie die Fäden denen überlassen, die nun wiederholt bewiesen haben, dass Krisen, Arbeitslosigkeit, Not und Krieg die Folgen ihres Wirkens sind. Das deutsche Volk kann Nutzniesser des Guten oder Lastträger des Schlechten werden, das entscheidet es in Zukunft selbst. Die mutige Seltung der Wirtschaftsminister in Linden hat eine wichtige Brücke geschlagen. Nun kommt es darauf an, dass der Schritt zur Praxis nicht verwehrt wird. (m/2/181/2/he)

Gegen Müller und Rasch

Die Wirtschaftsminister der westdeutschen Länder gaben in ihrer Eigenschaft als Angehörige des Verwaltungsrates für die Wirtschaft in einer Sitzung in Linden am 15. Januar 1947 folgende Erklärung ab, mit der sie dem bisherigen Leiter des Verwaltungsrates, Dr. Müller, und seinem Vertreter, Dr. Rasch, das Vertrauen entzogen:

"Im Namen der unterzeichneten Wirtschaftsminister der Länder der amerikanischen und britischen Zone habe ich Ihnen folgende Erklärung abzugeben:

Nach den Satzungen des Verwaltungsrates für Wirtschaft ist die Wahl des Vorsitzenden des Verwaltungsrates, der zugleich der Leiter des Verwaltungsamtes ist, und dessen Stellvertreter eine Angelegenheit des Verwaltungsrates, der aus den Wirtschaftsministern der Länder beider Zonen besteht.

Durch die Wahlen in den süddeutschen Ländern und durch die Entscheidung der britischen Militärregierung, als Vertreter der britischen Zone ebenfalls die Wirtschaftsminister der Länder der britischen Zone in den Verwaltungsrat zu entsenden, hat sich die Zusammensetzung des Verwaltungsrates entscheidend geändert. Die Voraussetzungen, unter denen Dr. Müller und sein Stellvertreter, Dr. Rasch, seinerzeit gewählt wurden, bestehen demnach nicht mehr.

Die unterzeichneten Wirtschaftsminister halten es für ihre Pflicht die Frage der Leitung nur zur Entscheidung zu stellen. Sie erklären, dass sie nicht in der Lage sind, dem bisherigen Leiter und seinem Stellvertreter ihr Vertrauen auszusprechen. Die wirtschaftspolitische Einstellung und bisherige Tätigkeit der beiden Herren bieten nicht die Gewähr für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Die entscheidende Stellung, die der Vorsitzende des Verwaltungsrates für Wirtschaft beim Neuaufbau der deutschen Wirtschaft inne hat, sowie die hohe Bedeutung, die dem Verwaltungsrat für die Wirtschaftspolitik in den einzelnen Ländern zukommt, verlangt an der Spitze einen Mann, der das uneingeschränkte Vertrauen der Mitglieder des Verwaltungsrates besitzt. Die unterzeichneten Wirtschaftsminister sind der Überzeugung, dass mit der Leitung des Verwaltungsrates Persönlichkeiten betraut werden müssen, die in ihren wirtschaftspolitischen Ansichten und in der Durchführung der praktischen Aufgaben des Amtes den wirtschaftlichen Notwendigkeiten für den Aufbau Deutschlands und Europas entsprechen."

entsprechen".

Die Erklärung, die von Senator Eigner (Sachsen) in der Sitzung vorgetragen wurde, war unterzeichnet von Senator Minister Diekmann (Schleswig-Holstein), Minister Reib (Sachsen-Anhalt), Minister Dr. Koch (Hessen), Minister Kubel (Niedersachsen), Minister Prof. Dr. Nöiting (Nordrhein-Westfalen) und Minister Zorn (Bayern). Die Wahl von Dr. Agartz erfolgte auf Vorschlag von Minister Kubel.

Oberflächlich und unfair

Zu einem Kommentar des Nordwestdeutschen Rundfunks

Am 17. Januar, abends gab Dr. Wilhelm Heitmüller von Nordwestdeutschen Rundfunk einen Kommentar zu dem Wechsel in der Leitung des Zweizonenwirtschaftsamtes von Dr. Müller zu Dr. Agartz. Es erscheint uns notwendig, diese Klärung eines wichtigen wirtschaftspolitischen Vorganges etwas genauer zu betrachten.

Dr. Heitmüller gilt als Sachverständiger für Wirtschaftsfragen im NWDR, also einem Publikationsmittel von grösster Breitenwirkung. Was er an diesem Abend zu dem Thema über das er sprach, zu sagen hatte, war so oberflächlich, irreführend, schlagwortbefangen und unfair, dass ein solcher Kommentar, an dieser Stelle gegeben, eine grobe Verantwortungslosigkeit darstellt. Auch die Kürze der Zeit, die zwischen dem Ereignis und seiner Kommentierung lag, kann keine Entschuldigung für einen Mann wie ihn sein. Denn es ist völlig unglaubhaft, dass Dr. Heitmüller die wirklichen Ursachen für den Wechsel nicht übersehen hat. Die acht Wirtschaftsminister der englischen und amerikanischen Zone sind Sozialisten, der bisherige Leiter des ihnen übergeordneten Amtes, das, in etwa dem früheren Reichswirtschaftsministerium entspricht, aber ist ein Mann der entgegengesetzten, streng privatwirtschaftlichen Linie. Die Anwendung sozialistischer Grundsätze ist heute keine Dogmenfrage und keine Prinzipienreiterei, sondern sie wird wie die Wahl gezeigt haben, von grosseren Teil des deutschen Volkes über die Partei und Zonengrenzen hinweg und auch von mehreren Besatzungsmächten gefordert. Es wäre eine Anomalie, unter diesen Umständen die Spitze einer massgebenden Behörde von einem Mann besetzt zu halten, der ganz anderen Grundsätzen anhält und das in einer Zeit geschehen zu lassen, in der sonst alles Mögliche unternommen wird, endlich zu einer einheitlichen Linie in der Wirtschaftsführung zu kommen. Das sind nicht Gesichtspunkte einer parteipolitischen Auseinandersetzung, sondern Tatsachen, die für einen Mann, der laufend unterrichtet ist, auf der Hand liegen, die andererseits für eine logische Klärung der ganzen Situation unerlässlich sind.

Dr. Heitmüller aber hat sich mit der primitiv-dogmatischen Wendung begnügt, Dr. Müller habe Ansehen genossen "wenigstens in den Kreisen, die nicht nach der Parteibuch, sondern nach der Leistung gehen" und es seien bei den Verhandlungen mit den sozialdemokratischen Ministern Zweifel an seiner persönlichen Qualifikation geäussert worden. Dazu sei ausdrücklich festgestellt, dass auch in jenen Besprechungen klar zum Ausdruck kam, Dr. Heitmüller habe sein Amt mit grosser Sachkenntnis und persönlich völlig einwandfrei aber eben nach Grundsätzen geführt, die mit den Auffassungen der in der Demokratie politisch allein verantwortlichen Wirtschaftsminister der Länder in wesentlichen Punkten nicht in Übereinstimmung zu bringen sind.

Diese Art, sachliche politische Aufklärung mit billigster Polemik zu verwechseln, wie sie hier im Nordwestdeutschen Rundfunk (NDR) Landt wurde, ist ebenfalls und unvermeidlich auf unsere Sender zurückgewiesen worden. (z/Blz/181/1/nc)

Paul Ramadier

Wenn Vincent auriol, der neue Staatspräsident Frankreichs, nach der Weigerung Léon Blums, wiederum die Bildung der französischen Regierung zu übernehmen, die dieser schwierigen Aufgabe jetzt seiner Parteigenossen, den fast 60-jährigen Rechtsanwalt Paul Ramadier vertraute, so lässt diese wohl den festen Willen erkennen, die vom Kabinett Léon Blum getroffenen Massnahmen zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Frankreichs durchzuführen und den sogenannten "Monnet-Plan" in die Tat umzusetzen.

Paul Ramadier ist nicht nur ein alter und enger Mitarbeiter Blums, dessen erstem Kabinett er als Unterstaatssekretär für öffentliche Arbeiten angehörte, und in dessen letzter Regierung er den Posten des Justizministers bekleidete. Er steht auch im Ruf, einer der erfahrensten und bewährtesten Wirtschaftler in den Reihen der SFIO zu sein, der Paul Ramadier bereits seit über vier Jahrzehnten angehört. Er hat sich schon sehr früh mit Fragen des Arbeitsrechtes usw. befasst, war mehrere Jahre Sekretär der Arbeiterkongressgemeinschaft des Departements Seine, nachdem er sich in Paris als Anwalt niedergelassen hatte, und übernahm in der Regierung Chautemps das Arbeitsministerium, das er auch in der nachfolgenden Regierung Daladier beibehielt. Aus diesem Kabinett schied er jedoch am 21.5.1938 wegen Differenzen mit Daladier aus, als dieser die 40-Stunden-Woche abschaffen wollte. 1941 stimmte Paul Ramadier gegen die von Pétain verlangten Vollmachten, wofür er unter Polizeiaufsicht in dem kleinen Städtchen Decazville gestellt wurde, wo man ihn 1943 bereits zum Bürgermeister gewählt hatte. Als er 1944 als Geisel für die in Algier verhafteten nordafrikanischen Politiker verhaftet werden sollte, entzog sich Paul Ramadier der Festnahme durch die Flucht und hielt sich so lange versteckt, bis die Stunde der Befreiung Frankreichs geschlagen hatte.

Von General de Gaulle wurde Paul Ramadier, dessen hohe stattliche Figur mit dem weissen Spitzbart eine der markantesten Erscheinungen des politischen Lebens in Frankreich ist, dann im Herbst 1944 als Versorgungsminister in dessen Kabinett berufen, dem er bis Juni 1945 angehörte und Léon Blum übertrug ihn in seinem "Weihnachtsmann-Kabinet" den Posten des Justizministers.

Paul Ramadier ist seit 1924 Mitglied der französischen Kammer und ein Meister des Wortes, dessen Reden stets als Genuss empfunden werden. In übrigen aber kennzeichnen ihn unverwundliche Energie und ein entschlossener Wille. (z/Blz/181/1/nc)

Dem "Volksrecht", Zürich entnehmen wir folgende Meldung:

Unter den zahllosen von den Amerikanern in Deutschland aufgefundenen Erfindungen befindet sich auch eine Schreibmaschine, die angeblich jede Bedienung überflüssig machen soll, als Konstrukteur wird Dr. Vierling genannt. Die Maschine ist eine Kombination von Diktaphon und Schreibmaschine; die menschliche Stimme wirkt direkt auf die Rollen ein, die lediglich auf den akustischen Impuls reagieren, der - in elektrische Stromstöße umgesetzt - den diktierten Text direkt aufs Papier überträgt. Wie berichtet wird, hat sich die amerikanische Armeeführung die Befindung als militärisches Geheimnis reserviert.

Entschliessung der Betriebsobleute in Niedersachsen:

Die Forderungen der Stunde

Dieser Tage veranstaltete das Sekretariat Niedersachsen der Allgemeinen Gewerkschaft gemeinsam mit dem Bezirksstelle Hannover eine Versammlung der Betriebsobleute Niedersachsen, um zu der Wirtschaftskatastrophe Stellung zu nehmen. Es wurde dabei die folgende Entschliessung gefasst:

"Die in den letzten Wochen eingetretene völlige Lahmlegung des deutschen Wirtschaftslebens, die unmittelbare Gefahr für weite Kreise der schaffenden Bevölkerung, der Kälte und dem Hunger zum Opfer zu fallen, sind der überzeugende Beweis dafür, dass mit den bisherigen ziel- und planlosen Methoden der Wirtschaftsbeeinflussung endgültig Schluss gemacht werden muss. Für die planmässige Lenkung der Wirtschaft, wie sie von den Gewerkschaften seit langem immer wieder gefordert wird, sind bisher keinerlei wirk-same Massnahmen unternommen worden, und darin liegt die wahre und alleinige Ursache des Zusammenbruchs. Rechtzeitige Sicherung der materiellen Lage der Bergarbeiter würde der stärkste Ansporn zur Erhöhung der Kohlenförderung gewesen, Freigabe ausreichender Mengen zur Vorratbildung, Sicherung der Transportverhältnisse auch im Winter hätten es ermöglicht, selbst während der Kälteperiode Produktion und Lebensmittelversorgung aufrecht zu erhalten. Nichts dergleichen ist geschehen, und so wurde der Zusammenbruch unvermeidlich.

In klarer Erkenntnis dieser Ursachen forderte die am 17.1.1947 tagende Versammlung der Obleute der Betriebe des Gebiets Niedersachsen erneut:

Übertragung der Verantwortung für die Wirtschaft an deutsche Stellen unter demokratischer Kontrolle und massgeblicher Mitwirkung der Gewerkschaften.

Planung und sachdienliche Lenkung des gesamten wirtschaftlichen Geschehens, Sicherung der Arbeitsfähigkeit durch bessere Ernährung, ausreichende Bekleidung und Zutilung von Heizmaterial.

Für die Zeit der Betriebsstillegungen ist den betroffenen Arbeitnehmern die Differenz zwischen der Unterstützung und dem entgangenen Arbeitsverdienst ebenfalls gesetzlich zu sichern.

Scheinwahlen in Kriegsgefangenenlagern

In verschiedenen Kriegsgefangenenlagern in England und Ägypten fanden sog. Scheinwahlen statt. Die Ergebnisse waren recht bemerkenswert, auch wenn man daraus nicht allzu weitgehende allgemeine Schlussfolgerungen ziehen darf. Einige Beispiele seien aufgeführt: In einem ägyptischen Lager wählten 13.000 Kriegsgefangene. Das Ergebnis sah folgendermassen aus: SPD 43%, CDU 18%, SED 11%, KPD 3%, LDP 1,5%, Konservative 0,3%, ohne Entschluss 23%. Unter den Unentschlossenen befanden sich 51% Offiziere. - In einer Jugendlager ergaben sich folgende Anteile: SPD 50%, CDU 18%, SED 12%, KPD 3%, LDP 2%, Unentschlossene 15% - Für eine Bodenreform stimmten 93%, dagegen 3% der Kriegsgefangenen, während 4% sich der Stimme enthielten. (Bl/181/18hs)

Verantwortlich: Fritz Söger, Hannover